

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger
und für Käufern die Postämter
an. — Erscheint wöchentlich.
Sprengel - Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigerpreis: Die Anzeigerpreise
bestimmen sich nach dem Raum
und dem Inhalt der Anzeigen. —
Kleinanzeigen 20 Heller pro
Zeile. — Anzeigerpreise
bestimmen sich nach dem Raum
und dem Inhalt der Anzeigen.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 146

Freitag, den 26. Juni 1925

20. Jahrgang

Chamberlains Rede über den Westpakt.

London, 24. Juni. Die heutige Rede Chamberlains, die er vor einer dichtgefüllten Tribüne und Diplomatensloge hielt, in der u. a. auch die Botschafter von Frankreich, Deutschland, Belgien und der englische Botschafter in Berlin Lord d'Albany anwesend waren, war in mancher Beziehung eine starke Enttäuschung. Chamberlain sprach den ersten Teil seiner Rede sehr langsam und vielmal stotternd und richtete seine ganze Argumentation darauf, seine innerpolitischen Gegner in der Arbeiterpartei und im konservativen Lager zu entwandern und alle dem Gedanken eines Westpaktes günstig zu stimmen. Außenpolitisch bedeutend war die Erklärung Chamberlains, daß es für einen schweren Fehler halte, die Frage der Revision der östlichen Grenzen Deutschlands in die Debatte geworfen zu haben, seit sechs Jahren nach Abschluß des Friedensvertrages. Derjenige, der eine Revision der Grenzen ins Auge fasse, diene nicht dem Frieden, sondern er diene damit dem Kriege.

Chamberlain erörterte dann die Möglichkeit einer Revision der Grenzen und erklärte, daß nach englischer Auffassung nur zwei Möglichkeiten vorlägen: Revision der Grenzen unter Anwendung des Paragraphen 19 der Wilson-Bündnisurkunde, weil Grenzen oder Verträge unanwendbar geworden seien, und eine Bereinigung von Deutschland und Osteuropa auf Grund der Bestimmungen des Paragraphen 80 des Friedensvertrages. Im Gegenwärtigen Augenblick bestehe aber der Anschluß von Osteuropa an Deutschland keine Aktualität für irgendeine Regierung.

Chamberlain setzte dann das Verhältnis des Westpaktes zu einem eventuellen Kriegsfalle im Osten auseinander und sagte, daß es notwendig sei, für diesen Fall die Annahme zu machen, daß entweder Deutschland Polen oder Polen Deutschland ohne Provokation mit Krieg überzogen habe. Wenn dies der Fall sei und Deutschland sei Mitglied des Völkerbundes, so handele es sich im Falle eines unprovokierten deutschen Angriffs um eine Verletzung der Satzungen. Dasselbe treffe zu, wenn Polen Deutschland unprovokiert angreife. Englands Verpflichtungen in einem solchen Fall gingen nicht über die Verpflichtung hinaus, die es als Mitglied des Völkerbundes habe. Chamberlain betonte dann noch, daß nur ein gegenseitiger Pakt in Frage komme. Ueber die englische Politik sagte er: Die Regierung wolle, daß die Politik, die für sie ohne Frage von großer Bedeutung — nicht nur für Großbritannien und für das britische Reich, sondern für die ganze Welt — sei, nicht die Politik der Regierung einer Partei, sondern die Politik aller Parteien und der Nation als Ganzes sei. Der Premierminister habe schon diese Ansichten in seiner ersten Rede angedeutet, die er nach seiner Amtsübernahme auf dem Downing-Street hielt, als er sagte: „Ich kann mit voller Zustimmung meiner Kollegen erklären, daß mit Bezug auf die auswärtige Politik das Ziel der britischen Regierung die Stabilität und Kontinuität sein wird. Wir streben zu dem Friedensvertrage; wir wollen gute Beziehungen zu den auswärtigen Ländern auf der Grundlage der Verträge pflegen. Daß diese Politik nicht eine Politik der Stagnation ist, wird durch die von der letzten unparteiischen Regierung ausgeführten Aktionen gezeigt, die zum Dawes-Bericht und zu der Londoner Konferenz führten, die unter der fähigen Leitung Macdonalds so erfolgreich war.“ Chamberlain bemerkte, die Regierung habe im Geiste dieser Erklärung, auf den von ihren Vorgängern übernommenen Grundlagen aufbauend, versucht und versuche weiter, die auswärtige Politik Großbritanniens zu führen. Schließlich hätten sie alle, zu welcher Partei sie auch gehörten, nur das Ziel, den Frieden zu sichern und den Krieg unmöglich zu machen, wenn sie dies mit Sicherheit erreichen könnten, und ihn auf jeden Fall zu einer so einseitigen Gefahr zu machen, wie es Menschen guten Willens möglich sei.

Chamberlain sagte weiter, Lloyd George habe, als er Premierminister war, dieses Ziel mit derselben Beharrlichkeit verfolgt, wie die Regierung es jetzt verfolge. Lloyd George habe versucht, die Grundlagen dafür zu legen, der jedoch scheiterte, als die Vereinigten Staaten es ablehnten, ihn zu ratifizieren und dann in Cannes durch einen britischen Garantiepakt, der infolge politischer Episoden in einem anderen Lande scheiterte. Lloyd George habe auf dieses Ziel hingearbeitet, es sei ihm jedoch nicht beschieden gewesen, als er Premierminister war, diese Pläne zum Abschluß zu bringen. Deshalb er (Chamberlain), bei beiden Gelegenheiten als Mitglied der Regierung Lloyd Georges den Westpakt, die dieser annahm, jedesmal voll zugestimmt habe. Diese Methoden seien jedoch nicht länger möglich, oder für

die britische Regierung annehmbar. Sie seien die Methoden eines Garantiepaktes unter den Alliierten gewesen, der gegen Deutschland in gewissen Fällen gerichtet war. Ein solcher einseitiger Pakt könne jetzt von einer britischen Regierung nicht angenommen werden. Bündnisse, die gegen eine dritte Partei gerichtet sind, welche von ihnen ausgeschlossen ist, würden oder könnten jetzt die Grundlage einer britischen Politik nicht bilden. Aber das Ziel, die Versicherungen und Erklärungen, die Lloyd George im Namen der britischen Regierung gemacht habe, blieben unverändert bestehen und erforderten Erfüllung und Verwirklichung. Chamberlain fuhr fort, er brauche sich nicht im einzelnen mit der unionistischen Regierung zu befassen, deren Aufgabe es war, den Dawes-Ausschuß ins Leben zu rufen, und die die Konferenz vorbereitete, welche unter den Ausbildern Ramsay MacDonalds stattfand. MacDonald habe das dringlichste Problem der europäischen Unruhe, nämlich das Problem der Reparationen, in Angriff genommen und es sei ihm gelungen, es zu einer befriedigenden Lösung zu bringen. MacDonald habe Erfolg erzielt im engen und freundschaftlichen Zusammenarbeiten mit der französischen Regierung und den übrigen Mächtern und in Konferenzen mit Deutschland. MacDonald habe jedoch diese französische Mitwirkung erhalten auf Grund der Versicherung, die er gegeben habe, daß die britische Regierung bereit sei, nachdem dieses Problem einmal aus dem Wege geräumt sei, zur Erwdgung der Sicherheitsfrage überzugehen und zu sehen, wie die Sicherheit geschaffen werden könne. MacDonald habe versucht, diese Zusage mittels des Protokolls zu erfüllen.

Das Protokoll sei niemals von der französischen Regierung als volle Erfüllung der von MacDonald gegebenen Zusage angesehen worden, sondern nur als Abschlagszahlung darauf.

Chamberlain führte hierauf eine Stelle aus Herriots Rede in der französischen Kammer vom 18. Juni an und fügte hinzu, daß nach Ansicht der damaligen französischen Regierung, die aber das Protokoll verhandelte, dieses Protokoll an sich nicht die Lösung der Wege zu einer solchen Lösung, die die bereits bestehenden Sicherheitsfrage war, sondern nur ein Schritt auf dem Wege zum Abkommen und Sonderbündnisse unverständlich lassen wollte, und sie durch weitere Abkommen gleichen Charakters ergänzen sollte, in der Erwartung, daß England daran teilnehmen würde. Dieses Protokoll sei für die jetzige britische Regierung unannehmbar gewesen und sie habe sich darin in Uebereinstimmung mit dem gesamten britischen Reich befunden. Weder irgend ein Dominion noch Indien sei bereit gewesen, das Protokoll zu ratifizieren, und die Bekräftigung der britischen Regierung, dies zu tun, habe die Sympathien und die Unterstützung der Dominions genossen.

Der deutsche Botschafter bei Chamberlain.

London, 24. Juni. Der deutsche Botschafter Dr. Sihanouk hatte gestern eine lange Besprechung mit dem Staatssekretär Chamberlain im Foreign Office, der man in englischen politischen Kreisen große Bedeutung beimißt. Man nimmt an, daß Dr. Sihanouk Chamberlain Mitteilungen über die Auffassung der Reichsregierung in der Frage des Paktes machte, so daß der englische Staatssekretär heute im Unterhaus, wenn er als erster bei der Debatte über den Pakt das Wort ergreifen wird, in der Lage wäre, auch über die Haltung der deutschen Reichsregierung gegenüber dieser Angelegenheit Mitteilung zu machen.

Die Räumungsfrage.

Paris, 24. Juni. „Lecho de Paris“ schreibt zur Räumungsfrage, anscheinend hätten sich London und Paris in den letzten Tagen verständigt. Um dem Sicherheitspakt den Weg zu ebnen, habe man es für zweckmäßig gehalten, der deutschen Regierung einen Beweis von gutem Willen zu geben. Es wäre aber mangelhaft gewesen, daß man bei dieser Gelegenheit das Reich aufgefördert hätte, einige Verletzungen in der entmilitarisierten rheinischen Zone richtigzustellen, nämlich den Aufenthalt von ausgebildeten Polizeitruppen sowie die noch nicht vollkommene Umgestaltung von Kriegsmaterialfabriken, aber, da das Londoner Abkommen vom August vorigen Jahres die Räumung des Ruhrgebietes mit der regelmäßigen Ausführung des Dawes-Planes verbunden habe, so sei es wohl kaum möglich gewesen, berartige Forderungen zu stellen. Es sei zu wünschen, daß die von dem französischen Kabinett getroffene Entscheidung nicht nur die Debatte, die heute im Unterhaus eingeleitet werde, erleichtere, sondern daß sie auch einen günstigen Einfluß auf die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ausübe.

Das neue Aufwertungskompromiß.

Die Ablösung öffentlicher Anleihen.

Im Aufwertungskompromiß des Reichstages gab Wg. Hergt (Dn.) die Ergebnisse der neuen Kompromißverhandlungen zwischen den Regierungsparteien bezüglich der Ablösung öffentlicher Anleihen bekannt. Danach soll zur Beschaffung der für die Einlösung der Auslosungsrechte erforderlichen Mittel jährlich ein gleiches Betrag einem Tilgungsfonds zugeführt werden. Soweit der Inhalt des Tilgungsfonds nach dem Tilgungsplan erst in späteren Rechnungsjahren zu verausgaben ist, soll er verzinslich angelegt werden. Die dem Tilgungsfonds zuzuführenden Beträge sollen so bemessen werden, daß die unter Hinzurechnung der bei einem Zinssatz von 6 v. H. zu erzielenden Zinsgewinne die Gesamtkosten der Tilgung decken. Zur Verstärkung des Zinses der Anleiheablosungsschuld soll ein besonderer Anleihefonds gebildet werden. Dem Anleihefonds ist zuzuführen u. a.: die Hälfte der Dividenden, die dem Reich als Eigentümer von Stammaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft während der Dauer ihrer Reparationsverpflichtungen zufließen. Der Anleihefonds soll verwendet werden zunächst für die Einlösung der Auslosungsrechte, die die öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen, die Träger der Reichsversicherung, die reichs- oder landesgesetzlich zugelassenen Sparkassen, die Zuschuß- und Pensions- und Werkskassen, sowie die Pensions- und Unterstützungskassen von Berufsverbänden als Anleihebesitzer verlangt haben, sodann für eine außerordentliche Tilgung der Anleiheablosungsschuld durch Ziehung von Auslosungsrechten nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. Der kleinste Abschritt der Anleiheablosungsschuld soll nicht auf 50 Reichsmark, wie im Gesetzesentwurf vorgesehen, sondern auf 25 Reichsmark lauten. Falls die Gesamtsumme des Abschrittes unter dem geschätzten Maße von 30 Millionen zurückbleibt, sollen die dadurch entstandenen Beträge der Auslösung wieder zugeführt werden. Der Ausschuss beriet dann den Gesetzesentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Die in Paragraph 7 aufgeführten Gruppen und Schuldverpflichtungen werden von der Ablösung ausgeschlossen. Diese Verpflichtungen bestehen weiterhin als Markschulden. Der Ausschuss nahm Paragraph 7 in der Fassung der Regierungsvorlage an, änderte aber den zweiten Absatz reaktionell dahin um, daß aus den im ersten Absatz bezeichneten Schuldurkunden, deren Umtausch in Anleiheablosungsschuld ausgeschlossen wurde, Ansprüche nicht hergeleitet werden können. Paragraph 8 erhielt folgende von der Regierungsvorlage abweichende Fassung: Der Anleiheablosungsschuld im Umtausch gegen Anleihebesitzungen erhält, hat nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes 1. das Recht, an der Tilgung der Anleiheablosungsschuld teilzunehmen, 2. das Recht auf das Sondergeld, 3. das Recht auf eine Vorzugsrente für die Zeit seiner Bedürftigkeit. In den Paragraphen 9 bis 12 wird bestimmt, welche Anleihetitelbeträge Anleihebesitzungen sind. Paragraph 9 wurde nach der Regierungsvorlage angenommen. Paragraph 10 wurde teilweise abgeändert. Paragraph 11 wurde gestrichen. Der Ausschuss beschloß die Fassung des Paragraphen 12 im Absatz 1, Satz 2 folgendermaßen zu formulieren: Der Goldwert wird dadurch festgestellt, daß der Erwerbspreis nach Maßgabe des Wertverhältnisses umgerechnet wird, das in der Anlage zu der dritten Steuernotverordnung in der Fassung des Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen (Aufwertungs-gesetz) für den Tag des Erwerbs bestimmt ist; ist ein Umrechnungsverhältnis für diesen Tag nicht bestimmt, so ist das letzte vorhergehende Umrechnungsverhältnis maßgebend. Im übrigen bestätigte für diesen Paragraphen der Ausschuss die Fassung der Regierungsvorlage. Auf eine Anfrage, welche Vaster sich aus den jetzt vorliegenden Entwürfen der Regierungsparteien für den Etat ergeben, antwortete Wg. Reg. Rat Vorben (Reichsfinanzministerium): Nach dem Entwurf der Regierungsparteien beläuft sich das Jahreserfordernis für die Auslosungsscheine gleichmäßig 80 Jahre hindurch auf etwa 125 Millionen Reichsmark. Das Erfordernis für die Vorzugsrente würde, da nicht nur die Anleihen des Reiches, sondern auch die Anleihen der Länder für die Vorzugsrechte in Betracht kommen, und da ferner auch Wohlfahrts-Institutionen berücksichtigt werden sollen, mit 84 Millionen Reichsmark kaum zu hoch geschätzt sein. Schließlich läme wiederum die einmalige Herausgabe von 150 Millionen Reichsmark in Betracht, die aber möglicherweise dazu beitragen werde, die Tilgungssumme der Auslosungsscheine abzurufen.

Die einen
ue
Inwerk zur
amensetzung
zu erzielen.
burg.
ortigen Ziel
schreibt über
im:
igte in den
n Akt des
hergestellt
Stadt und In-
P. Schmitz,
allgemeines
außerst klare
in Straßen-
die Räume
Geschäfts-
fähigkeit
in Ausdruck
en.
tpark Aue.
renden Um-
n will
noleum,
partikeln im
berger Str. 10
nterhalten
ster.
schmännlich
elegt.
Sprengel.
Maß
buch
russen
Sur
io's ist
eben
ert
MK.
& Co.
äne
erleben geeignet,
Post
Wolfsgrün
eten.
nzol
abrik
Sa.
ster
ber Rundschall
Paushaltungs-
ucht.
25a, Tel. 5429-
Impart
agern hat seine
g
bota nur bei
stationsfähiger
dieser Blätter.